

Praxis der Christen, in der sie sich angesichts der Gefahr in solidarischer Hoffnung Gedanken über die Zukunft der Welt machen und an ihrer Gestaltung beteiligen. Andernfalls entspräche der Heillosigkeit der Zeit wiederum oder noch immer die Zeitlosigkeit des Heils – ganz im Sinne sowohl bürgerlicher wie fundamentalistischer Religion. Die Radikalität des christlichen Glaubens kann beide Formen religiöser und gesellschaftlicher Praxis unterbrechen.

## Gerd Iben Strukturelle Armut – auch bei uns

*„Option für die Armen“ auch bei uns ist das Anliegen des folgenden Beitrags. Dazu bietet er eine Fülle von bedenkenswerten Informationen, die zwar hauptsächlich aus Deutschland stammen, aber in ähnlicher Weise auch für andere Länder Gültigkeit haben. Wer diese Analyse ernst nimmt, wird sich auch in seinem politischen Denken und Handeln für eine Verbesserung menschlicher Strukturen und für eine solidarische Einstellung den „Armen“ gegenüber einsetzen und sich selbst um ein entsprechendes Handeln bemühen.*

red

### 1. Armut als individuelles oder gesellschaftliches Problem?

Die Ausprägung und Sichtweise von Armut ändern sich im Verlauf der Zivilisationsgeschichte. Bis ins Mittelalter galt Armut als gottgegeben und als notwendiger Teil einer Gesellschaft, die im Almosenspenden ihre Gläubigkeit unter Beweis stellen mußte, wie es heute noch in asiatischen oder afrikanischen Gesellschaften der Fall ist. Armut war damit ein Strukturelement entsprechend dem Wort Jesu: „Arme habt ihr allezeit bei euch.“ Armut wurde historisch erst zum Makel, als ein Strukturwandel ländliche Lebensbedingungen verschlechterte und eine Landflucht in die aufblühenden Städte einsetzte, wie sie heute in viel stärkerem Maße noch in Lateinamerika und in der Dritten Welt abläuft. Die sogenannte „Bettelplage“ löste Gegenmaßnahmen der Städte aus in Form von Arbeits- und Zuchthäusern, von Bettelordnungen und als Verfolgung des „Vagabundierens“.

Die ersten Erziehungsprogramme, z. B. von Johann Ludwig Vives von 1526 „de subventione pauperum“, ließen erkennen, daß Armut nun nicht mehr als gottgewollt und gottwohlgefällig, sondern als durch Erziehung zu überwindendes Übel angesehen wurde. Die spätere „protestantische Wertethik“ und besonders der Calvinismus stufte Armut als Leistungsveragen, ja als Strafe Gottes

ein und verfestigten die Diskriminierung der Armut und des Armen. Erst der politische Kampf der proletarischen Arbeiter des beginnenden Industriezeitalters ließ Armut und Massenelend als strukturelles Problem erkennen und erzwang den Beginn einer Sozialgesetzgebung. Mit der Entwicklung des Sozialstaatsgedankens erschien Armut zunehmend als ein präventiv vermeidbares Schicksal. Es galt die Wohlfahrt für alle einzulösen.

### Die „Fußkranken“ der Gesellschaft

Das Massenelend, das der Zweite Weltkrieg hinterlassen hatte, schien zu Beginn der 60er Jahre weitgehend überwunden zu sein; doch wurden in dieser Zeit einige Armuts- und Randgruppen entdeckt, die den Wiederaufstieg verpaßt hatten und als die „Fußkranken“ der Gesellschaft erschienen. In Barackenlagern fanden sich sogenannte Obdachlose, die entweder bereits seit langem hier wohnten oder aber neu behördlich zugewiesen waren, weil sie ihre Wohnungen verloren hatten. Ihr gemeinsames Merkmal war, daß sie relativ arm waren und aus eigener Kraft auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt nicht mithalten konnten, was ihnen als individuelles Versagen angelastet wurde. Die in den 60er Jahren in der Bundesrepublik begonnene Arbeit von meist kirchlichen und studentischen Initiativgruppen mit obdachlosen Familien löste sich bald aus dem ursprünglich caritativen Verständnis und begann sich zunehmend zu politisieren und eine entsprechende Gemeinwesenarbeit zu entwickeln (Iben u. a., 1981). Mit dem generellen Versprechen von mehr Chancengerechtigkeit schien in den 70er Jahren Armut aus dem Blick zu geraten, zumal weitgehende Vollbeschäftigung auch Unqualifizierten noch Chancen bot.

In dieser Epoche zwischen „alter“ und „neuer“ Armut bahnte sich eine Wende im Armutsverständnis an, wie sie vor allem K. A. Chassé in „Armut nach dem Wirtschaftswunder“ beschreibt. Bis zu Beginn der 70er Jahre dominierte eine Sicht von Armut als lediglich individueller Notfall, für den das Bundessozialhilfegesetz ein letztes Netz aufspannte. Erst die genannte Politisierung ließ Armut als „gesellschaftlich verursachtes Elend“ erkennen. Doch bereits ab 1975 schob sich wieder ein individuelles Verständnis mit therapeutischen Implikationen in den Vordergrund. Auch hatte sich inzwischen die Lage der Armen drastisch verändert. Während noch der proletarische Arbeitslose in seiner Stammkneipe, im Arbeiterbildungs- oder Schrebergartenverein einen Halt und gemeinsame Formen der Lebensbewältigung fand, hat die Entwicklung zur Warengesellschaft und zur fast vollständigen Abhängigkeit der Existenz und des Selbstbildes

## Armut heute

vom Geldeinkommen eine neue psychische und soziale Gefährdung und Vereinzelung mit sich gebracht; sie läßt den einzelnen „jenseits von Stand und Klasse zurück“. „Armut heute bedeutet eine enorm gesteigerte Abkopplung aus entscheidenden Lebensbezügen. Sie läßt die Betroffenen in historisch neuer Form allein. Das gesellschaftliche Skandalon Armut verschwindet ohne Protest und Widerstand“ (Chassé 1988a, 182).

Seit der Rezession von 1975 und mit der Entstehung von massenhafter Langzeitarbeitslosigkeit, zunehmend in den 80er Jahren, hat sich ein neuer Typus von Armut herausgebildet, der nicht mehr mit den klassischen Randgruppen der obdachlosen Familien und Alleinstehenden identisch ist, sondern mit Langzeitarbeitslosigkeit, mit der Auflösung von Familien und mit Wohnungsnot immer mehr auch Mittelschichtangehörige und Akademiker erfaßt. Die Bildungs- und Berufsqualifikation der sogenannten Nichtseßhaften steigt nicht nur in den USA und in England ständig, woran sich ableiten läßt, daß von der Entwurzelung und den Verelendungsprozessen immer breitere Bevölkerungskreise bedroht sind.

Neben der Arbeitslosigkeit und der nachfolgenden Sozialhilfebedürftigkeit ist es die nahezu epidemische Verschuldung von 50% aller Haushalte (mit durchschnittlich DM 15.000,-) an Konsumentenkrediten sowie die rasant steigende Mietbelastung, die das Bild der neuen Armut prägen. Wir haben im „Armutsbericht“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbands von 1989 ein umfangreiches Zahlenmaterial zur Armutsentwicklung in der Bundesrepublik zusammengetragen (Blätter der Wohlfahrtspflege 11 und 12, 1989). Die drastische Zunahme der Sozialhilfeempfänger um 46% seit 1980 auf 3,3 Millionen bis 1989 mit weiter steigender Tendenz oder die Vermehrung der Langzeitarbeitslosen seit 1980 um 500% auf mehr als 680.000 Betroffene, von denen nur noch 39% Arbeitslosengeld erhalten, diese Zahlen sind noch um die statistisch nicht Erfassten aufzustocken und belegen eine Armutsentwicklung, die sich nicht mehr einfach abstreiten läßt. Mit dem Hinweis auf die Sozialhilfe wird regierungsamtlich Armut in der Bundesrepublik Deutschland geleugnet oder auf gewisse bedauerliche Einzelfälle beschränkt. Hier stellt sich die Frage nach der Definition von Armut.

## 2. Absolute oder relative Armut? – Ein Definitionsversuch

Im „Armutsbericht“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbands haben wir bereits einen zusammenfassenden Definitionsversuch zum Begriff der Armut unternommen (276ff). Es besteht Konsens darüber, daß „absolute Armut“, die zum häufigen Hungertod in der Dritten Welt führt, in den Industrienationen selten ist. Aber das wie-

derholte Erfrieren von Obdachlosen oder das zeitweilige Hungern alter Menschen oder von Ausländerfamilien, die keine Sozialhilfe zu beanspruchen wagen, kann durchaus als absolute Armut angesehen werden. Aber selbst hier gibt es keinen festen Standard, sondern ebenfalls eine Variationsbreite, die dadurch definiert wird, wieviel eine Person zum bloßen Überleben benötigt.

Für unseren Fragenkreis gehen wir von der „relativen Armut“ aus, die von der EG-Kommission so formuliert worden ist: Arm sind „Einzelpersonen und Familien, die über so geringe Mittel verfügen, daß sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat als Minimum annehmbar ist, in dem sie leben“ (Werth 1990, 10). Ähnlich wurde es bereits 1971 von der UNO definiert: Arm sind, die „depriviert sind im Hinblick auf das Maß an Lebenschancen, Lebenskomfort und Selbstrespekt, das die Gemeinschaft, der sie angehören, als normal ansieht“ (ebd., 9).

Diese Formulierungen beziehen also Armut auf den Standard der jeweiligen Gesellschaft, doch bleiben diese Bestimmungen noch sehr offen und interpretierbar, so daß sich daraus keine festen Bestimmungsgrößen ableiten lassen. Solche Maßstäbe werden andererseits mit Hilfe des sogenannten „Warenkorbs“ als Zusammenstellung des zu einer bescheidenen Lebensführung notwendigen Minimums zu leisten versucht, also durch ein bedarfsorientiertes Modell der Sozialhilfe, das auch die Berücksichtigung des jeweiligen Preisniveaus einschließen sollte, in der Praxis aber immer weiter hinter diesem zurückgeblieben ist.

Wo liegt die Sozialhilfeschwelle?

Die mit dem „Warenkorb“ definierte Sozialhilfeschwelle ist mangels anderer Bestimmungsgrößen wiederholt als Armutsgrenze angegeben worden, obwohl die Sozialhilfeempfänger in offizieller Sicht nicht als arm gelten, da diese Hilfe angeblich Armut vermeidet. Zumindest muß aber der Sozialhilfebedürftige bei der Antragstellung als arm angesehen werden. Da aber das Warenkorbniveau nur in den 60er Jahren als ausreichend angesehen werden konnte, müssen heute alle Sozialhilfeempfänger zu den Armen gezählt werden, ebenso diejenigen, die, aus Unkenntnis, Scham oder durch Bürokratie abgeschreckt, keine Sozialhilfe beantragen, obwohl sie bedürftig sind. Nach Untersuchungen würde sich bei faktischer Antragstellung aller Bedürftigen die Zahl der Sozialhilfeempfänger in der Bundesrepublik auf ca. 6,6 Millionen verdoppeln. Danach müßten mehr als 10% der deutschen Bundesbürger in den alten Ländern als arm gelten, während von der EG für Europa durchschnittlich 14% der Bevöl-

kerung als arm eingestuft werden. Im Unterschied zu den USA, die eine feste Einkommenshöhe jährlich neu als Armutsgrenze festlegen, oder zu der Bestimmung des Existenzminimums durch einen Warenkorb geht die EG-Kommission „Kampf gegen die Armut“ von einer statistischen Definition aus. Diese Bestimmungsform wird auch von Hauser vorgeschlagen und ist in Abwandlung in das seit 1990 neu eingeführte „Statistikmodell“ der Sozialhilfe eingegangen. Dieses löst sich von dem Warenkorb und orientiert sich an der Einkommensentwicklung der unteren Lohngruppen, von denen als Arbeitsanreiz ein gewisser Abstand gewahrt werden muß. Das ist insofern fatal, weil die unteren Lohngruppen in der Vergangenheit oft so wenig verdienten, daß sie ergänzende Sozialhilfe in Anspruch nehmen mußten. Am Durchschnittseinkommen, wie es Hauser und andere vorgeschlagen haben, wollte man sich anscheinend schon deshalb nicht orientieren, weil damit Armut und Reichtum eine feste Beziehung eingegangen wären.

#### Fragliche Bestimmungsgröße

Das Durchschnittseinkommen ist aber insofern eine fragliche Bestimmungsgröße, weil sie die Einkommensverteilung und ihre Streubreite nivelliert und Verarmungsprozesse größerer Bevölkerungsgruppen durch Zugewinne anderer Gruppen, also eine aufgehende Schere, nicht erkennen läßt. Die Ausrichtung an den untersten Lohngruppen ist aber eher eine Armutsfestschreibung und ein Sparmodell für den Sozialhilfeträger. Die genannte EG-Kommission geht von 50% des Durchschnittseinkommens aus, während unsere Sozialhilfeschwelle etwa bei 40% liegt. Diese am Einkommen orientierten Armutdefinitionen, auf die mangels anderer fester Bestimmungsgrößen nicht verzichtet werden kann, verkürzen die Sicht der Armut auf nur eine, wenn auch schwerwiegende Seite des Problems. Demgegenüber haben sich in den letzten Jahren umfassendere Bestimmungsversuche im Sinne eines Lebenslagenkonzepts entwickelt, die auch in den zitierten Formulierungen der EG oder UNO schon anklingen und als wichtigstes Kriterium die Teilhabe an der Gesellschaft anführen. (Zu diesen Fragen vgl. vor allem Chassé 1988.)

Als Definition von Armut läßt sich zusammenfassen: Arm in unserer Gesellschaft ist, wer so hinter dem Durchschnittseinkommen zurückbleibt, daß er nur notdürftig die elementarsten Bedürfnisse stillen kann, von der Teilhabe am sozialen Leben weitgehend ausgeschlossen und auf Unterstützungsleistungen angewiesen ist, deren Bezug mit Diskriminierungen und oft mit Verlust an Menschenwürde verbunden ist.

### 3. Armut und Reichtum

Der Begriff „relative Armut“ bezeichnet ein Zurückbleiben oder gar Herausfallen einzelner oder bestimmter Gruppen aus den in einer Gesellschaft üblichen Standards der Lebensführung und Existenzsicherung. Dieses Herausfallen wird von vielen als ein naturwüchsiges Phänomen wie die Darwinistische Selektion der weniger Tüchtigen angesehen, kann aber auch als ein strukturelles Moment des Marktes betrachtet werden. Im Konkurrenzkampf müssen notwendigerweise die Schwächeren vorzeitig ausscheiden; je härter der Verteilungskampf, desto mehr Arme. Es stellt sich damit die Frage, ob unser marktwirtschaftlich so effektives Gesellschaftssystem diese soziale Siebung braucht, um die Leistungsbereitschaft anzuspornen und Versagen zu bestrafen. Ist die sogenannte Zweidrittelgesellschaft also notwendig und gewollt? Ist Armut der einen und Reichtum der anderen der Preis der Freiheit und des „freien Spiels der Kräfte“? Oder könnte es die Aufgabe des Sozialstaates sein, diese Marktgesetze so zu regulieren, daß ein Auseinanderdriften gesellschaftlicher Gruppen vermieden wird?

Jede Monopolbildung, also auch die Massierung von finanziellen Mitteln in wenigen Händen, geht auf Kosten anderer, denen Macht und Verfügungsgewalt über Ressourcen entzogen wurde. Der Reichtum der Industrienationen ist nicht nur Produkt ihrer Tüchtigkeit, sondern auch der Armut und Abhängigkeit der Dritten Welt. Innerhalb der Bundesrepublik Deutschland sind die letzten zehn Jahre vor allem durch eine beschleunigte Auseinanderentwicklung der Einkommensverhältnisse gekennzeichnet. Während die Nettoeinnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Vermögen zwischen 1982 und 1988 um 74% zunahmen, blieb der Zuwachs der Nettolohn- und Gehaltssumme bei 18%. Die Lohnquote sank sogar auf den Stand von 1960 (Paritätischer Wohlfahrtsverband 1990, 206). Eine Arbeitsgruppe des ISS „Armut und Unterversorgung“ hat unter dem Titel „Armut und Reichtum in Deutschland“ eine Fülle von Belegen zu diesem Auseinanderdriften vorgelegt (Huster 1991). Schon 1973 verfügten 25% der Haushalte über 80% aller Vermögenswerte. Dieser Konzentrationsprozeß hat sicher zugenommen (ebd., 7). 1988 haben 7,1% aller Haushalte fast 20% der gesamten verfügbaren Einkommenssumme, nämlich 250,44 Milliarden DM, auf sich vereinigt (ebd., 6).

„Diese Entwicklung wird in der Regel damit zu rechtfertigen versucht, daß die steigenden Besitzeinkommen über eine verstärkte Investitionstätigkeit zu mehr Wachstum und Beschäftigung führen. Dies gilt jedoch für das vergangene Jahrzehnt nur sehr bedingt:

Die Folgen  
neokonservativer  
Wirtschaftspolitik

Die Unternehmensgewinne sind insbesondere seit Anfang der 80er Jahre geradezu explosionsartig gestiegen. Diese Entwicklung wurde von der Wirtschaftspolitik noch kräftig unterstützt, wie sich an dem Verhältnis von Brutto- und Nettogewinn ersehen läßt. So stiegen die Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, das sind z. B. Aktiengesellschaften, GmbHs etc., von 1980 bis 1988 um brutto gut 98%, netto jedoch um 133%. Die durchschnittliche tatsächliche Steuerbelastung der Unternehmer mit eigener Rechtspersönlichkeit ist mit knapp 30% auf das niedrigste Niveau der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland zurückgefallen.

Trotz explodierender unternehmerischer Profite blieb die Investitionsentwicklung verhalten. Die Gewinnquote am Volkseinkommen wuchs, doch die Investitionsquote am Bruttosozialprodukt ging sogar leicht zurück (von 22,6% 1980 auf 21,3% 1989). Dabei stehen den Unternehmen nicht nur die Gewinne zur Finanzierung ihrer Investitionen zur Verfügung: Hinzu kommen noch die Abschreibungen und die gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse der Haushalte. Seit 1981 sind diese im Inland verfügbaren Mittel höher als die Investitionen“ (ebd., 4).

#### Der Irrtum der „Pferd-Spatzen-Theorie“

Diese Konzentration ist im Sinne der sogenannten „Pferd-Spatzen-Theorie“ von J. K. Galbraight durch die neokonservative und liberale Wirtschaftspolitik, besonders unter Reagen, Thatcher und ihre deutschen Bewunderer, begünstigt worden, obwohl nachweislich die Gleichung: mehr Gewinne = mehr Investitionen und Arbeitsplätze (mehr Hafer für die Pferde = mehr Rückstände für die Spatzen) nicht aufgeht. Der durch den Zusammenbruch real-sozialistischer Wirtschaftssysteme bestärkte Glaube an die freie Marktwirtschaft ist insofern trügerisch, weil nur ein stark regulierter und geordneter Markt positiv funktioniert, denn „Die Freiheit des Marktes kann benutzt werden, um die Freiheit des Marktes abzuschaffen“ (Walter Eucken, zit. nach W. Oswald, 1991, 21). Die regulierenden Prinzipien liegen bei der Sozial-, Umwelt- und Einkommenspolitik. Diese sind aber gerade in den letzten Jahren zunehmend geschwächt worden, so daß die „naturgesetzliche Entwicklung des Marktes“ durch Fusionen zu mächtigen Konzernen, Kartellen und Monopolen geführt, eine „marktgefährdende Vermachtung“ (ebd.) und damit eine Entmachtung staatlicher Eingriffsmöglichkeiten eingeleitet hat. Der sich selbst überlassene Markt schafft entgegen dem liberalistischen Credo nicht immer mehr Wohlstand für alle, sondern er schafft sich selbst ab und zerteilt die Gesellschaft fortschreitend in die

immer mächtigeren Marktgewinner und die wachsende Zahl der Verlierer. Diese Problematik wird vor allem die Entwicklung in der ehemaligen DDR in den nächsten Jahren kennzeichnen.

Die Leugnung dieser Prozesse und die fehlenden Gegensteuerungen gegen Ausgrenzung und Verelendung durch Armut, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot führen auf lange Sicht zu ähnlichen Ergebnissen wie die Planwirtschaft oder die feudalen Systeme der Dritten Welt. Sie zerstören den sozialen Konsens und erzeugen kriminelle und mafiose Tendenzen. Die „soziale Marktwirtschaft“ braucht zu ihrer Erhaltung einen Sozialstaat, der seine Verpflichtung zu sozial gerechter Umverteilung ernst nimmt und sich nicht auf den Nachtwächter reduziert, der die Häuser der Reichen bewacht (ebd., ferner Harms 1987).

Strukturelle Armut in reichen Gesellschaften ist eine Provokation der Regierenden und paßt nicht in ihre Erfolgsbilanzen. Bekämpfung von Armut muß deshalb bei dieser bewußten Verleugnung von Armut beginnen und die genannten Zusammenhänge auch politisch offenlegen.

#### 4. Bekämpfung von Armut

Im genannten „Armutsbericht“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbands haben wir neben der Situationsanalyse noch kaum Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut vorgeschlagen. Es kann auch schon aus Raumgründen nicht um einen Katalog von Forderungen gehen, zumal sie jeweils auf bestimmte Armutsgruppen hin formuliert werden müßten. Wesentlich erscheinen aber die Sichtweise und die ethischen und sozialpolitischen Grundentscheidungen im Zusammenhang mit Armut. Ich komme deshalb auf die Sicht von Armut und das bereits genannte Lebenslagenkonzept zurück. Es läßt sich gut an einem Fünfeck verdeutlichen:

#### Systemisch-interaktionistisches Modell (s. S. 176)

In dem Pentagon „werden persönliche Merkmale und Erlebnisweisen mit sozialen, normativen und ökonomischen Rahmenbedingungen verknüpft. Damit werden einseitige Sichtweisen vermieden und dennoch die Isolierung einzelner Bedingungen möglich, zumal nicht alle Faktoren gleichzeitig untersucht oder angegangen werden können. Dennoch bleibt eine ganzheitliche Herangehensweise erhalten. Dabei ist wichtig, daß viele der im Pentagon aufgezählten, aber keineswegs vollständigen Faktoren sowohl Ursache wie Folge von Armut sein können. Beispielsweise können Sozialisationsdefizite wie



## Systemisch-interaktionistisches Modell

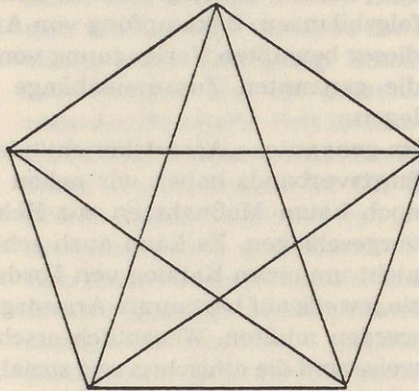
### „Pentagon der Armut“

- Alter/Krankheit/Behinderung/Gebrechlichkeit
- Mangelnde intellektuelle Fähigkeiten
- Sozialisationsdefizite
- Stigmata/Diskriminierung
- Passivität/Fatalismus/Suchtverhalten
- Fehlender Zeithorizont/Frustrationsintoleranz
- Übertreibende Anspruchshaltung/mangelnde Leistungsbereitschaft

BIOGRAPHIE / PERSÖNLICHKEIT

#### SOZIALE NETZE

- Bedeutungsverlust von Familie und Verwandtschaft
- Krisenanfälligkeit der Kleinfamilie/Scheidung
- Alleinerziehung
- Anonymes Wohnen ohne Nachbarschaftsbeziehungen
- Fehlende Beziehungen am Arbeitsplatz



#### GESELLSCHAFTLICHE WERTHALTUNGEN

- Wandel von natürlicher zu künstlicher (rechtlicher) Subsidiarität  
→ Sozialrechte statt zwischenmenschliche Verantwortlichkeit
- Auf persönliche Autonomie zielendes Selbstverwirklichungsstreben
- Gewinn von Status und Selbstwertgefühl über Konsum
- Extreme Leistungsbezogenheit

#### ARBEIT / EINKOMMEN

- Mangelnde Bildung/Ausbildung
- Rationalisierung von Arbeitsprozessen/weniger Nischen für Leistungsschwache/Verengung des Marktes für Ungelernte → niedrige Löhne
- Hohe geographische und professionelle Mobilitätsforderungen
- Schlechte Arbeitsverteilung/zu wenig Teilzeitstellen
- Lücken im Sozialversicherungssystem/kleine oder uneinbringliche Alimente/geringe Kinderzulagen
- Arbeitslosigkeit

#### KOSTEN / KONSUM

- Aggressive Werbung/übertriebenes Konsumbedürfnis
- Verschuldung/Konsumkredite
- Steigende Freizeitkosten
- Zu hohe Kosten für die Befriedigung von Grundbedürfnissen (Wohnen, Krankenversicherung, Ernährung)
- Fehlende Zeit zum preisbewußten Einkaufen
- Hohe Kosten für professionelle Fremdbetreuung der Kinder

Aus: Peter Tschümperlin 1988

mangelnde Ich-Stärke Ursache und Folge von Armutsprozessen sein. Deshalb muß eine präventive Arbeit beides im Blick haben oder möglichst an allen fünf Ecken des Pentagons ansetzen. Denn eine Schädigung einer der Ecken des Pentagons stört das ganze Geflecht tiefgreifend. So zerstört zum Beispiel Langzeitarbeitslosigkeit die sozialen Beziehungen, das Selbstwertgefühl, das Verhältnis zu gesellschaftlichen Werten und die Bedürfnisstillung und Konsumfähigkeit. Andererseits hängt die persönliche Bewältigung von Langzeitarbeitslosigkeit auch davon ab, inwiefern die anderen Ecken tragfähig bleiben. Unter Armutsbedingungen sind in der Regel alle Ecken des Pentagons beeinträchtigt, wie sich etwa an der Lebenslage von obdachlosen Familien nachweisen läßt. Aber gerade in diesem Feld sind auch umfassende Ansätze der Sozialarbeit und Sozialpolitik beschrieben worden, die dem Modell des Pentagons entsprechen (vgl. Iben u. a. 1981), indem sie folgende Bereiche der Lebenslage zu beeinflussen suchen:

Zu beeinflussende Lebensbereiche

- finanzielle Lage: durch Haushalts-, Sozialhilfe- und Schuldnerberatung,
  - Berufssituation: durch Qualifizierung und Arbeitsplatzbeschaffung,
  - persönliche Entwicklung: durch Sozialisationshilfe wie Vorschulerziehung, Schüler- und Jugendarbeit, Erwachsenenarbeit,
  - Bildungssituation: durch Zusammenarbeit mit Lehrern und neue didaktische Modelle (Situationsansatz),
  - soziale Lage: durch Kampf gegen Vorurteile und Stigmatisierung, Aufstufung des Wohngebietes, Medienarbeit und Veränderung des öffentlichen Bewußtseins,
  - Gesundheit: durch verbesserte hygienische Bedingungen und Beratung,
  - Wohnsituation: durch Abbau von Primitivunterkünften und Unterbringung in sozialem Wohnungsbau oder Selbsthilfebauprogrammen,
  - Infrastruktur: durch bessere Anbindung an das Verkehrsnetz, Reduzierung von Lärm- und Umweltbelastung, Verbesserung von Einkaufsmöglichkeiten, Freizeiteinrichtungen wie Jugendklubs und Senioren-Cafés.
- Dieses Lebenslagenkonzept zielt also auf die persönliche Befindlichkeit durch die und mit der Veränderung der Rahmenbedingungen, wobei es darauf ankommt, daß die Zielgruppe diese Veränderungen mitbestimmt und mitträgt, weil nur so Apathie und Hoffnungslosigkeit überwunden werden können.“ (Vgl. Iben 1989, 277-278)
- Damit ist aber auch die Rolle der Sozialarbeit angesprochen, die in der Obdachlosenarbeit seit den späten 60er

Jahren ein politisches Selbstverständnis, besonders im Rahmen von Gemeinwesenarbeit und in den Landesarbeitsgemeinschaften Soziale Brennpunkte und Nichtseßhaftenhilfe entwickelt hat. Dieser Erkenntnisstand hindert aber viele Sozialarbeiter und die Öffentlichkeit nicht daran, das gesellschaftliche Vorurteil: Wer arm ist, ist selbst schuld! weiter zu pflegen. Zweifellos muß die Bekämpfung von Armut auch die persönliche Verantwortung für das eigene Schicksal ansprechen, aber sie muß immer im Sinne des „Pentagons“ das Bedingungsgefüge und seine dominanten Faktoren wie Arbeitsmarkt, Bildungssystem, Wohnverhältnisse, Familienstrukturen etc. im Auge behalten. Die häufige Überschuldung von Haushalten mit Konsumentenkrediten z. B. kann nicht nur mit individueller Unfähigkeit, mit Geld umzugehen, zusammenhängen, sondern hat auch strukturelle Bedingungen, die von unserem Wirtschaftssystem wegen der hohen Schuldzinsen gewollt sind.

Die Reduzierung von Armut auf individuelles Versagen und eigene Schuld rechtfertigt das Elend als notwendige Kehrseite des Wohlstandes, als Instrument zur Disziplinierung der „Faulen“ und trägt damit zur Verfestigung und nicht zur Überwindung des Skandals der Armut bei, weil damit die Notwendigkeit zur Veränderung von Strukturen als Daueraufgabe demokratischer und dynamischer Gesellschaften übersehen und verdrängt wird.

#### Literatur

Eine umfassende Literaturzusammenstellung bietet der genannte Armutsbericht in den Blättern der Wohlfahrtspflege 11 und 12, 1989, 344-348. Im folgenden werden nur die zitierten Quellen benannt: K. A. Chassé, Die neue Armut ist stumm, in: G. Iben (Hrsg.), Das Dialogische in der Heilpädagogik, Mainz 1988, 176ff; K. A. Chassé, Armut nach dem Wirtschaftswunder, Frankfurt - New York 1988; Frankfurter Rundschau: Einkommensgefälle nimmt zu, Frankfurt a. M., 29. 9. 1990; J. Harms (Hrsg.), Sozialstaat und Marktwirtschaft, Frankfurt a. M. 1987; R. Hauser u. a., Armut, Niedrigeinkommen und Unterversorgung, Frankfurt - New York 1981; E.-U. Huster, Reichtum und Armut, Frankfurt a. M. 1990 (zit. nach Manuskript); G. Iben u. a., Gemeinwesenarbeit in sozialen Brennpunkten, München 1981; ders., Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit Alleinstehender und ihre sozialpädagogischen Konsequenzen, in: Specht - Schaub - Schuler - Waller (Hrsg.), Wohnungsnot in der Bundesrepublik . . . Materialien zur Wohnungslosenhilfe 7, Bielefeld 1988; ders., Zur Definition von Armut, in: Blätter der Wohlfahrtspflege 11 und 12, 1989, 276ff; W. Oswald, Gegen die Macht der Monopole, in: Die Zeit, 18. 1. 1991, S. 21; Paritätischer Wohlfahrtsverband, „wessen wir uns schämen müssen in einem reichen Land“, in: Blätter der Wohlfahrtspflege 9, 1990, 206; B. Werth, Alte und neue Armut in der Bundesrepublik, Dissertation Frankfurt a. M. 1990.